

# Handreichung

## für die Beantragung einer Zuwendung

---

Stand: September 2018

### Allgemeine Hinweise

Gute Projekte lassen sich oft erst mit einer finanziellen Unterstützung durchführen. Das Land kann für verschiedene öffentliche Zwecke Zuwendungen gewähren, wenn Haushaltsmittel bereitstehen und weitere Voraussetzungen erfüllt sind. Zu beachten ist dabei allerdings, dass für die Gewährung der Antrag nicht formlos gestellt werden kann, sondern zur Prüfung Informationen notwendig sind, die in ein Formular (siehe Anlage 1) einzutragen sind. Beachten Sie bitte eventuelle Fristen zur Einreichung des Antrags. Anschließend wird geprüft, ob das Land Ihr Projekt fördert.

Wichtig ist natürlich, dass Haushaltsmittel überhaupt zur Verfügung stehen. Doch das alleine genügt nicht. Über die Bereitstellung der Mittel im Haushalt hinaus müssen weitere rechtliche Voraussetzungen erfüllt werden, zu deren Prüfung die Verwaltung nach der Landeshaushaltsordnung verpflichtet ist. Nur wenn diese zusätzlichen Voraussetzungen erfüllt sind, kann ein Antrag bewilligt werden. Zu beachten ist ferner, dass eine nachträgliche Förderung von Projekten nicht möglich ist.

Die vorliegende Handreichung soll Ihnen die Antragstellung erleichtern, Hilfestellung für das Ausfüllen des Formulars und Einblicke in den nachfolgenden Prozess geben.

# Antragstellung

Hinweise zum Ausfüllen des Formulars „Antrag auf Gewährung einer Zuwendung“ (Anlage 1):

## 1. Antragstellerin/Antragsteller

An dieser Stelle sind allgemeine Angaben zur Antragstellerin / zum Antragsteller zu machen.

## 2. Maßnahme

Hier ist die Maßnahme/das Projekt zu nennen, für das Sie eine Förderung beantragen. Eine kurze, eindeutige Bezeichnung reicht schon aus.

Details zu Umfang, Notwendigkeit usw. der Maßnahme/des Projekts sind unter Nr. 5 – Begründung – zu erläutern.

Wichtig ist die Angabe des Durchführungszeitraums!

Das Projekt darf noch nicht begonnen haben. Als Beginn gilt z.B. schon der Abschluss von Verträgen zur Anmietung von Räumlichkeiten oder der Abschluss von Lieferungs- oder Leistungsverträgen. Wenn Sie eine Förderung erhalten möchten, müssen Sie also mit dem Start der Maßnahme/des Projektes warten, bis Sie eine Entscheidung von der Verwaltung über die Förderung erhalten haben.

Hiervon können Sie aber eine Ausnahme beantragen, damit schon vor Erhalt der endgültigen Entscheidung über die Förderung begonnen werden darf. Dazu müssen Sie zusätzlich zum Antrag auf Förderung (Anlage 1) den in Anlage 2 abgedruckten Antrag stellen (Muster zur Beantragung des vorzeitigen Maßnahmebeginns). Nur wenn Sie von der Verwaltung daraufhin eine „Genehmigung des vorzeitigen Maßnahmebeginns“ erhalten haben, darf mit der Maßnahme auch vor Erhalt der endgültigen Entscheidung über die Förderung begonnen werden.

## 3. Gesamtausgaben

Die Gesamtausgaben werden aufgeschlüsselt dargestellt. Dazu sind sinnvolle Ausgabenblöcke zu bilden. Also „Catering“ statt jede Speise einzeln aufzuführen oder „Getränke“ in der Unterscheidung alkoholisch, nichtalkoholisch.

## 4. Finanzierungsplan

Wichtig für die Höhe der Fördergelder ist die Angabe der „zuwendungsfähigen Ausgaben“. Dazu ist ein in der Summe jeweils ausgeglichener Finanzierungsplan

einzureichen, in dem alle Einnahmen und Ausgaben erfasst werden, die zur Durchführung des zu fördernden Projektes erforderlich sind. Nur das, wofür tatsächlich Geld ausgegeben wird, kann berücksichtigt werden.

Maßgeblich sind ausschließlich tatsächliche Aufwendungen/Ausgaben und Einnahmen. Personalkosten sowie Ersatz von Sachmitteln (z.B. Bereitstellung eigener Veranstaltungsräume) sowie ehrenamtliches Engagement sind für die Höhe zuwendungsfähiger Ausgaben grundsätzlich irrelevant. Bei manchen Positionen ist auch zu hinterfragen, ob diese öffentlich gefördert werden sollen (so sind z.B. alkoholische Getränke grundsätzlich nicht förderfähig).

Erwartete oder konkrete Finanzierungsbeiträge Dritter (z.B. Sponsoring, Eintrittsgelder, Teilnehmerbeiträge) sind anzugeben. Zudem ist zu nennen, welcher finanzielle Anteil vom Projektträger selbst aufgebracht werden kann. Sodann ist zu ergänzen, ob weitere öffentliche Mittel beantragt wurden, z.B. aus europäischen Förderlinien, vom Bund oder den Kommunen oder weiteren Fördermitteln der Landesverwaltung.

Alle Einnahmen und Ausgaben müssen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Maßnahme stehen. Es muss einen zeitlichen und inhaltlichen Bezug geben. Sämtliche erwarteten Einnahmen, Eigen- und Drittmittel müssen berücksichtigt werden.

## 5. Begründung

Die zu fördernde Maßnahme und die Notwendigkeit der Förderung sind ausführlich zu begründen, ggf. auf einem gesonderten Blatt als Anlage zum Antrag.

Die Förderung einer Maßnahme im Wege einer Zuwendung wird unter den Voraussetzungen der §§ 23, 44 LHO gewährt.

Danach muss das Land ein erhebliches Interesse an der Durchführung der Maßnahme haben (1.).

Zudem muss dargelegt werden, dass die Maßnahme ohne die Förderung überhaupt nicht oder nicht im notwendigen Umfang durchgeführt werden kann (2.).

zu 1.

Das zu fördernde Projekt muss von „erheblichem Landesinteresse“ sein. Hierdurch ist klargestellt, dass nicht jedes Landesinteresse ausreicht. Der Umstand, dass eine Förderung durch das Land wünschenswert oder sinnvoll ist, rechtfertigt also allein noch keine Zuwendung. Es müssen besondere Gesichtspunkte hinzutreten. So könnte das Projekt Pilotcharakter oder ein Alleinstellungsmerkmal haben und so ein politisches Ziel in besonderem Maße unterstreichen.

Nach der Rechtsprechung ist ein qualifiziertes Interesse auf Bundesebene jedenfalls dann anzunehmen, „wenn die Erfüllung des Zwecks der Aufgabenstellung und

Zielsetzung des Bundes in besonderem Maße dienlich und dabei zu erwarten ist, dass mit möglichst geringen Zuwendungsmitteln ein optimaler Erfolg erzielt wird.“ Für das Land kann nichts anderes gelten. Wo die Grenze im Einzelnen zu ziehen ist, hängt insbesondere von politischen Wertungen ab. Anhaltspunkte, ob das staatliche Interesse an der Durchführung des Projekts besonders ausgeprägt ist und damit auch als erheblich angesehen werden kann, bieten vor allem die vom Haushaltsgesetzgeber für bestimmte Förderzwecke bereitgestellten Haushaltsansätze mit den im Haushaltsplan dargelegten Zwecken (rechtlich verbindlich) und Erläuterungen (rechtlich unverbindlich), ggf. auch andere offizielle staatliche Verlautbarungen.

Das erhebliche Interesse kann darin liegen, dass der angestrebte Zweck nicht durch eigene Verwaltungsbehörden, sondern gerade von Stellen außerhalb der Verwaltung erfüllt wird. Dafür kann es unterschiedliche Gründe geben. Entweder verfügt das Land nicht über einen entsprechenden Verwaltungsapparat oder die Einschaltung fremder Aufgabenträger erscheint zweckmäßiger und wirtschaftlicher. Auch ordnungspolitische und andere Gründe können das Land veranlassen, nicht unmittelbar nach außen in Erscheinung zu treten, sondern sich lediglich an einer Maßnahme durch Förderung zu beteiligen.

zu 2. „Subsidiaritätsprinzip“

Die Maßnahme kann nicht, oder nicht wie geplant durchgeführt werden, sollte die Förderung nicht gewährt werden. Hierdurch wird deutlich, dass der Antragsteller in erster Linie gehalten ist, das Projekt mit nichtstaatlichen Mitteln durchzuführen. Zunächst sind also eigene Mittel einzusetzen oder erreichbare Mittel Dritter (z.B. Sponsoring, Eintrittsgelder, Teilnehmerbeiträge). Ergänzend und nachrangig kommen öffentliche Mittel ins Spiel, um das Projekt durchführen zu können.

## 6. Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen

Hier soll darauf hingewiesen werden, ob Folgekosten aus dem Projekt vom Antragsteller getragen werden können. Darauf wird es insbesondere dann ankommen, wenn die Zuwendung als Anschubfinanzierung für ein längerfristiges Projekt eingesetzt wird.

Dem Antrag sind die erforderlichen Anlagen (siehe dazu Ziffer 7. des Antrags) beizufügen. Mit der rechtsverbindlichen Unterschrift wird die Antragstellung abgeschlossen.

# Zuwendungsbescheid

Ist Ihr Antrag vollständig und in der Sache positiv geprüft, erhalten Sie einen Zuwendungsbescheid.

## Bestandteile des Zuwendungsbescheides

Ihr Zuwendungsbescheid besteht aus:

- Bescheid,
- Nebenbestimmungen,
- Rechtsmittelbelehrung und
- Anlagen

## Inhalt des Zuwendungsbescheides

Ihr Zuwendungsbescheid enthält u.a.

- genaue Bezeichnung der Zuwendungsempfängerin/des Zuwendungsempfängers,
- Art und Höhe der Zuwendung,
- genaue Bezeichnung der durchzuführenden Maßnahme,
- zeitlicher Rahmen der gewährten Zuwendung
  - sowohl für die Bewilligung, Auszahlung der Zuwendung (a)
  - als auch für die Durchführung der geförderten Zuwendung (b).

### a) Zweckbindung und zeitliche Bindung

Die Zuwendung wird nur für den im Bescheid definierten Zweck gewährt. Die Maßnahme ist innerhalb eines festgelegten Zeitraumes durchzuführen. Diesen nennt man Durchführungszeitraum. Es können nur Zahlungen abgerechnet werden, die innerhalb des Durchführungszeitraumes geleistet wurden.

### b) Bewilligungszeitraum

Neben dem Durchführungszeitraum gibt es noch einen Bewilligungszeitraum. Diese Zeiträume müssen nicht identisch sein. Fördergelder können nur im Bewilligungszeitraum ausgezahlt werden. Sie müssen daher planen, wann Sie Mittel anfordern wollen. Insbesondere da Sie nach den Nebenbestimmungen nur Zuwendungen abrufen dürfen, die Sie – nachrangig zu den übrigen Finanzierungsgeldern, die Ihnen zur Verfügung stehen – innerhalb von 2 Monaten nach Auszahlung verbrauchen werden.

### c) Nebenbestimmungen

Es gibt verschiedene Arten von Nebenbestimmungen.

#### *Auflagen*

Hiermit wird ein bestimmtes Tun, Dulden oder Unterlassen vorgeschrieben. Jeder Zuwendungsbescheid enthält zahlreiche Auflagen. Eine der wichtigsten ist die Vorlage eines Verwendungsnachweises. Der Termin wird im Zuwendungsbescheid genannt. Werden Auflagen nicht erfüllt, kann der Bescheid widerrufen und die Landeszuwendung zurückgefordert und/oder verzinst werden.

#### *Bedingung*

Die Gewährung der Zuwendung kann in bestimmten Fällen von dem Eintritt eines noch ungewissen, zukünftigen Ereignisses (Bedingung) abhängig gemacht werden. So kann etwa bestimmt sein, dass die Zuwendung davon abhängig ist, dass noch bestimmte Unterlagen durch den Antragsteller vorgelegt werden. Zudem gibt es allgemeine Nebenbestimmungen, die bestimmen, dass sich beim Eintritt bestimmter Ereignisse die Förderhöhe reduziert: Zum Beispiel kann sich die Höhe der Förderung reduzieren, wenn Sie andere Gelder bekommen.

#### *Befristung*

Bei Haushalts/Kalenderjahr übergreifenden Zuwendungen werden die Zuwendungsgelder auf die verschiedenen Jahre aufgeteilt. Auszahlungen sind dann nur in Höhe des jeweiligen Jahresteilbetrages möglich.

### Wirkung des Zuwendungsbescheides

Wenn Sie den Zuwendungsbescheid erhalten haben, können Sie mit der geförderten Maßnahme beginnen. Anderes gilt, wenn der Zuwendungsbescheid einen festgelegten Zeitpunkt enthält, zu dem begonnen werden kann. (Falls der vorzeitige Maßnahmenbeginn genehmigt wurde – dazu oben -, können Sie auch schon früher beginnen.).

(Teil)Auszahlungen der Zuwendungen erfolgen allerdings erst nach Ablauf der Frist für die Einlegung von Rechtsbehelfen – es sei denn, Sie erklären schriftlich den Verzicht auf Einlegung eines Rechtsbehelfs gegen den Bescheid.

# Antrag auf Gewährung einer Zuwendung

Der Ministerpräsident  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
Horionplatz 1  
40190 Düsseldorf

Betreff

<b>1. Antragstellerin/Antragsteller</b>	
<b>Name/Bezeichnung:</b>	
<b>Anschrift:</b>	Straße/PLZ/Ort
<b>Verantwortliche/r Vertreter/in</b>	Name/Vorname  Funktion (z.B. Geschäftsführer/in, Vorsitzende/r)
<b>Auskunft erteilt:</b>	Name/Tel. (Durchwahl) / E-Mail
<b>Bankverbindung:</b>	IBAN <span style="float: right;">BIC</span>
	Bezeichnung des Kreditinstituts
	Kontoinhaber/in, falls abweichend von/vom Antragsteller/in

## 2. Maßnahme

Bezeichnung / angesprochener Zuwendungsbereich	
Durchführungszeitraum: (Zeitraum, in dem die geförderte Maßnahme - einschließlich der administrativen Abwicklung <sup>1</sup> - abschließend durchgeführt werden soll.)  <sup>1</sup> z.B. Abwicklung von Verträgen, Zahlung aller Rechnungen	von/bis

## 3. Gesamtausgaben

	(in EUR)
Gesamtausgaben der Maßnahme (lt. beigefügter aufgeschlüsselter Ausgaben- gliederung; bei jahresübergreifenden Maßnahmen ist auch eine Aufgliederung der Ausgaben auf die betroffenen Jahre vorzunehmen)	

## 4. Finanzierungsplan

	(in EUR)
4.1 Gesamtausgaben (Nr. 3)	
4.2 Leistungen Dritter (ohne öffentliche Förderung/en)	
4.3 Eigenanteil	
4.4 beantragte / bewilligte sonstige öffent- liche Förderung/en (ohne Nr. 4.5; Unterlagen hierüber sind als Anlage beizufügen)	
4.5 beantragte Landeszuwendung	



## **5. Begründung (Ggf. auf gesondertem Blatt)**

### **5.1 Zur Notwendigkeit der Maßnahme**

(u.a.: Konzeption, Ziel, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen, Maßnahmen desselben Aufgabebereichs in vorhergehenden oder folgenden Jahren, alternative Möglichkeiten, Nutzen)

### **5.2 Zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung**

(u.a.: Eigenmittel, Förderhöhe, Landesinteresse an der Maßnahme, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten)

## 6. Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen

Darstellung der voraussichtliche Höhe und die Tragbarkeit der Folgekosten für die Antragstellerin/für den Antragsteller, Finanzlage der Antragstellerin/des Antragstellers usw.

## 7. Anlagen

z.B.

- Satzung
- Auszug aus dem Vereins- bzw. Handelsregister
- Behördliche Genehmigungen
- Zeichnungsbefugnis

## 8. Erklärung

Die Antragstellerin / Der Antragsteller erklärt, dass

8.1 mit der Maßnahme **noch nicht** begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des

Zuwendungsbescheides **nicht begonnen wird**; als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten,

8.2 sie/er zum Vorsteuerabzug

nicht berechtigt ist,

berechtigt ist und dies bei der Berechnung der Gesamtausgaben (Nr. 3) berücksichtigt hat (Ausgaben ohne Umsatzsteuer)

8.3 die Angaben in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) **vollständig** und **richtig** sind und dass insbesondere alle mit dem Zweck zusammenhängenden Einnahmen angegeben wurden und

8.4 -unter Berücksichtigung der beantragten Landeszuwendung- die Gesamtfinanzierung der Maßnahme gesichert ist.

.....  
(Ort/Datum)

.....  
(Rechtsverbindliche Unterschrift)

(.....)  
(Vorname Name)

Muster zur Beantragung des vorzeitigen Maßnahmebeginns

Minister für Bundes- und  
Europaangelegenheiten sowie  
Internationales  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
Horionplatz 1  
40190 Düsseldorf

Antrag auf vorzeitigen  
Maßnahmebeginn

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu meinem/unserem Antrag vom (Datum) beantrage(n) ich/wir die  
Genehmigung des vorzeitigen Maßnahmebeginns.

Mir/uns ist bekannt, dass die Genehmigung des vorzeitigen Maßnahmebeginns  
keinen Rechtsanspruch auf eine spätere Förderung begründet.

Mit freundlichen Grüßen

Unterschrift